

Dank des Kaiserpaars.

Allerhöchster Erlaß an den Reichskanzler.

»Dank dem Walten der göttlichen Vorsehung ist es Uns vergönnt gewesen, am 11. Juni das 50jährige Jubiläum Unserer Vermählung zu begehen und dabei zu beobachten, wie dieser Tag Unserer persönlichen Erinnerungen sich im ganzen Deutschen Vaterlande und weit hinaus über dessen Grenzen, wo Deutsche beisammen weilen, zu einem Festtage von allgemeiner Bedeutung gestaltet hat. Mehr als je ist Uns kund geworden, von welcher Liebe und Anhänglichkeit das Deutsche Volk für seinen Kaiser und dessen Haus erfüllt ist. Die beglückwünschenden Huldigungen in der Form von inhaltsreichen Zuschriften, telegraphischen Grüßen, freudigen Festspielen, poetischen und künstlerischen Widmungen, buftigen Blumenpenden u. wuchsen zu einer volksthümlichen Bewegung an, welche nicht ohne tiefen Eindruck auf Uns geblieben ist. Indes nicht hierauf allein hat sich die Befriedigung Unseres Gemüths beschränken dürfen; es ist vielmehr auch in anderen höchst würdigen Erscheinungen ein erfreuliches Verständniß für Unser innerstes Empfinden zu Tage getreten. Eingedenk des in bebrängten Zeiten mehr und mehr steigenden Bedürfnisses nach energischem hülfereichenden Wirken hat man dem Gedanken Raum gegeben, Unser Jubiläum zum Anlaß zu nehmen, um ein über das gesammte Reich sich erstreckendes Netz von Stiftungen zu mannigfaltigen, dauernden Zwecken der Humanität zu begründen. Wir fühlen Uns gedrungen, auch an dieser Stelle zu versichern, daß hierdurch mit besonderer Wärme von Uns gehegte Wünsche ihre Erfüllung erhalten haben. In welchem Maße und in welcher Weise sich aber auch die Theilnahme an Unserm Jubeltage geltend gemacht hat — Wir wollen Allen, den Nahen wie den Fernen, für ihre Aufmerksamkeit danken, und beauftragen Sie daher, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 13. Juni 1879.

Wilhelm.

Augusta.

Die Wirthschaftsreform und die Parteien.

Die nächsten Wochen werden von tiefgreifender Bedeutung für die inneren Verhältnisse im Deutschen Reiche sein, — sie müssen die schließlichen parlamentarischen Entscheidungen über die großen, das Gesamtwohl des Volkes berührenden Fragen und damit zugleich neue Grundlegungen für die weitere politische Entwicklung nach mehrfacher Richtung bringen.

Angesichts dieser nahenden Entscheidung steigert sich unverkennbar der praktische Ernst und das Bewußtsein der Verantwortung bei den großen zur Mitwirkung berufenen Parteien, — der bloße Parteieifer und politische Streit tritt bei allen gewissenhaften Politikern zurück hinter der Erwägung der staatlichen Pflicht, hinter der Anerkennung der gewaltigen positiven Interessen des nationalen Gemeinwesens und des Volkswohls.

Von den beiden eng zusammenhängenden Seiten der umfassenden Wirthschaftsreform ist bisher nur die eine, die Frage des Schutzes der nationalen Interessen auf dem Gebiete des Zolltarifs, Gegenstand vorläufiger parlamentarischer Beschlüsse gewesen, aber auch diese können entscheidende Bedeutung und Kraft erst im Zusammenhange mit den noch ausstehenden Beschlüssen über die andere Seite, über die Finanzreform, erhalten.

Welchen Werth die Reichsregierung von jeher auf diesen Theil der reformatorischen Aufgabe gelegt hat, ist aus den jahrelangen Erörterungen vollkommen bekannt und besonders von dem Reichskanzler in jedem Stadium der Verhandlungen

von Neuem verkündet worden. Die finanzielle Kräftigung und Selbstständigmachung des Reichs und die damit gleichzeitig zu erreichende Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der Einzelstaaten und der großen Volksklassen, das waren die Ziele, welche Fürst Bismarck noch früher als die veränderte Zollpolitik fest ins Auge gefaßt hatte und zu deren Durchführung er sich der Mitwirkung einer großen Mehrheit des Reichstags versichert halten durfte.

An dieser Zuversicht hält die Regierung auch für ihren bedeutend erweiterten wirthschaftlichen Plan fest, — ja sie darf vertrauen, für das schließliche Gelingen ihres nationalen Werks eine noch breitere und festere Grundlage ebenso in den großen parlamentarischen Parteien, wie im Volksbewußtsein gewonnen zu haben.

Mit klarem Bewußtsein hat die Regierung unmittelbar nach dem vorjährigen ersten Scheitern ihrer finanziellen Reformpläne die Wiederaufnahme derselben in erweiterter Gestalt und die Hoffnung auf das schließliche Gelingen angekündigt.

Man hat neuerdings versucht, die jetzige Wirthschaftspolitik des Kanzlers nicht als eine selbstständige und folgerichtige Entwicklung seiner eigenen Pläne, sondern als das Ergebnis der Nachgiebigkeit gegen mächtige wirthschaftliche Parteiverbindungen darzustellen, — man hat namentlich auch behauptet, daß die jetzige Richtung der Wirthschaftspolitik des Kanzlers zur Zeit der Wahlen im Juli v. J. noch nicht bekannt gewesen sei.

Dem gegenüber ist an eine Kundgebung zu erinnern, welche die »Provinzial-Correspondenz« bereits unterm 10. April v. J. enthielt, und welcher damals in der gesammten Presse eine große Bedeutung im Sinne der Regierung zugeschrieben wurde:

»Fürst Bismarck hat wiederholt verkündet, daß ihm nach der politischen Befestigung des Deutschen Reichs nichts so sehr am Herzen liege, wie die Förderung des wirthschaftlichen Wohls des Volkes, die Begründung einer wirthschaftlichen Politik auf wahrhaft nationaler Grundlage. Er hat noch jüngst die Ueberzeugung ausgesprochen, daß wir in der Entwicklung unseres Steuersystems, namentlich im Hinblick auf dessen Rückwirkung auf unsere wirthschaftlichen Verhältnisse, hinter allen großen europäischen Staaten zurückgeblieben sind, — er hat die Anbahnung einer umfassenden Steuerreform, durch welche der Druck der Steuern für das Volk erleichtert wird, als sein letztes ideales Ziel bezeichnet.

Wie auf dem Gebiete der Steuervolitik, so ist des Kanzlers Streben auch in der Zollpolitik des Reiches darauf gerichtet, die Behandlung der Zollfragen nicht nach den Auffassungen und Geboten bloßer Lehrmeinungen, sondern vor Allem nach den Anforderungen der thatsächlichen Lage der Dinge und nach den wirklichen Bedürfnissen des Volkes zu gestalten. Unsere Handelspolitik huldigt in weitestem Maße dem System des Freihandels, und die Vorzüge desselben an und für sich sollen nicht bestritten werden, insofern dabei die Gegenseitigkeit unter den Völkern gewahrt ist, — ohne Gegenseitigkeit schädigt der Freihandel diejenigen, der sich »edel« dem Prinzip zu opfern bereit ist. Ein schlagendes Beispiel der Vortheile einer richtigen wirthschaftlichen Politik bietet Frankreich dar, welches trotz aller politischen Umwälzungen der reichste Staat des europäischen Festlandes geworden ist, weil es in wirthschaftlichen Dingen nur nationale Gesichtspunkte und Interessen kennt.

Wenn gleiche Gesichtspunkte in der Finanzpolitik des Deutschen Reiches zur Geltung gelangen, so wird es sich in erster Linie um Erhöhung der sogenannten Finanzzölle handeln; insofern dabei durch Revision des Zolltarifs gleichzeitig die Möglichkeit gegeben ist, zum Schutze der heimischen Industrie beizutragen, wird die Finanzpolitik nicht aus Liebe zur Theorie und aus Furcht vor handelspolitischen Schlagworten ängstlich davor zurückschrecken dürfen.

Für eine solche Politik, von deren segensreichen Folgen für das Wohl des deutschen Volkes der Reichskanzler tief überzeugt ist, hofft er eine feste Mehrheit in der Reichsvertretung zu gewinnen, eine Mehrheit, »in welcher (nach den Worten des Abg. von Bennigsen) Konservative und Liberale in der Unterstützung einer energischen und wahrhaft nationalen Regierung entschlossen zusammengehen.«

Dieser Kundgebung lagen ersichtlich dieselben Gedanken und Zielpunkte zu Grunde, welche sodann nach dem Scheitern der Zollverhandlungen mit Oesterreich festere Gestalt gewannen und in dem Schreiben des Kanzlers vom 15. Dezember v. J. einen bestimmteren Ausdruck fanden. Die damaligen Aeußerungen bekundeten aber in ihrem Zusammenhange zugleich, daß die